

## Beschluss (vorläufig) Solidarität mit der queerfeministischen Besetzung in der Wuhlheide!

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

1 Die Wuhlheide ist einer der größten Wälder in Berlin und für Klimaschutz und Naherholung  
2 extrem wichtig. Noch in diesem Jahr soll das Planfeststellungsverfahren für die  
3 Tangentialverbindung Ost (TVO) – eine über 6 Kilometer lange vierspurige  
4 Hochleistungsstraße, die Treptow-Köpenick im Süden mit Marzahn-Hellersdorf an der B1/B5  
5 verbinden soll - starten. Sie soll eigentlich Bewohner\*innen in Karlshorst, Biesdorf und  
6 Kaulsdorf vom Verkehrslärm entlasten. Doch klar ist auch: Mehr Autostraßen führen in der  
7 Regel zu mehr Autoverkehr - umso mehr, wenn gleichzeitig der ÖPNV-Ausbau gestrichen wird.  
8 Der aktuelle Plan sieht vor, dass für die bereits in der DDR geplante Straße knapp 15 Hektar  
9 Wald vernichtet werden. Ein Teil davon sind schützenswerte Eichenwälder südlich des S-  
10 Bahnhofs Wuhlheide. Zudem würde die Straße durch ein Wasserschutzgebiet und den  
11 Biesenhorster Sand führen, ein Naturschutzgebiet in dem gefährdete und geschützte Tier- und  
12 Pflanzenarten leben.

13 Vom 13. bis 17. Mai 2023 besetzten Klimaaktivist\*innen einen Teil des betreffenden  
14 Waldstücks in der Wuhlheide, um gegen die geplante Hochleistungsstraße und für eine sozial  
15 gerechte Mobilitätswende zu protestieren. Sie forderten beispielsweise einen gut  
16 ausgebauten, flächendeckenden öffentlichen Nahverkehr, mehr Rad- und Fußwege und einen  
17 sofortigen Bau- und Planungsstopp großer Straßenprojekte, wie der Verlängerung der A100. Wir  
18 Bündnisgrüne teilen die Auffassung der Aktivist\*innen, dass die Mobilitätswende feministisch  
19 sein muss. Wir nehmen den Verzicht auf die NVT durch die neue Koalition zum Anlass, erneut  
20 und bis zur nächsten LDK die Debatte innerhalb unserer Partei und mit den Menschen vor Ort  
21 zu führen, um den Mobilitätsproblemen im Osten unserer Stadt wirklich wirksam zu begegnen  
22 und Klarheit für die Menschen vor Ort zu schaffen.

23 Wir sehen Handlungsbedarf zur Entlastung der Treskowallee, der Köpenicker Straße und der  
24 Chemnitzer Straße, um den Bedürfnissen der Anwohner\*innen auf Verkehrsberuhigung und  
25 Reduzierung des Verkehrslärms gerecht zu werden. Wir werden uns weiter für diese  
26 verständlichen und berechtigten Anliegen der Anwohner\*innen einsetzen. Ein Verkehrskonzept  
27 muss dabei auf der Stadt der kurzen Wege aufbauen und für alle erreichbare  
28 Versorgungsangebote und soziale Infrastruktur schaffen, damit Menschen ihr Auto stehen  
29 lassen und ihre Ziele zu Fuß, mit dem Rad oder den Nahverkehr erreichen können. Gleichzeitig  
30 teilen wir die Kritik, dass für Autostraßen in Zeiten der Klimakrise ein so massiver  
31 Waldverlust nicht vertretbar ist. In der letzten Legislaturperiode haben wir Bündnisgrüne  
32 daher für eine Nahverkehrstangente (Schienen-TVO) sowie einen Radschnellweg gekämpft und  
33 einen Rufbus im betroffenen Gebiet eingeführt, um klimafreundliche Mobilität attraktiver zu  
34 machen. Dies entspricht einer sozial gerechten, feministischen Mobilitätspolitik, die  
35 Verkehrsmittel im Umweltverbund stärkt und Mobilitätsbedürfnisse von Menschen mit  
36 Careverantwortung berücksichtigt. Dass die Rückschrittskoalition aus CDU und SPD lediglich  
37 eine Autostraße bauen will, zeigt erneut, dass sie großen Herausforderungen wie der  
38 Klimakrise weiterhin nicht gewachsen ist. Denn nicht eine Hochleistungsstraße für Autos darf  
39 im Mittelpunkt stehen, sondern die Schienenverbindung muss zentrales Element zukünftiger  
40 Verkehrsbaumaßnahmen sein. Wir sehen durch aktuelle Proteste sowie das immer stärkere  
41 Voranschreiten der Klimakrise den Anlass, erneut die Debatte über die beste Lösung für  
42 Mobilitätsprobleme im Berliner Osten zu führen. Auch angesichts der erwartbaren  
43 Kostensteigerungen auf über 500 Mio. Euro ist es nur verantwortlich zu prüfen, welche

44 Möglichkeiten es gibt, Mobilitätsziele effizienter zu erreichen und Wald zu erhalten. Zum  
45 Vergleich: Für die 6,4 Kilometer lange TVO wären das über 78 Millionen Euro pro Kilometer.  
46 Von diesem Geld könnten auch über 33 Kilometer Straßenbahn oder viele hunderte Kilometer  
47 sichere Geh- und Radwege gebaut werden.

48 Dass der Berliner Senat die Besetzung unter Innensenatorin Iris Spranger ohne  
49 Gesprächsangebot und mit einer fadenscheinigen Argumentation innerhalb kürzester Zeit räumen  
50 ließ, war unverhältnismäßig und unnötig. Von den Aktivist\*innen ging keine Gefahr aus,  
51 vielmehr sind ihre Beweggründe in Anbetracht der Klimakrise und der insbesondere für viele  
52 junge Menschen daraus folgenden existenziellen Ängste verständlich. Deshalb sind wir  
53 solidarisch mit der Besetzung in der Wuhlheide.

54 Während die Polizei die Wuhlheide räumte, verwehrte sie Sanitäter\*innen den Zugang zu  
55 Aktivist\*innen, auch die Weitergabe von Getränken und Lebensmitteln wurde untersagt. Zudem  
56 wurde einem Journalisten trotz Vorzeigen seines Presseausweises der Zugang verweigert. In  
57 ihrer Begründung für die Räumung unterstellte die Polizei den friedlichen Aktivist\*innen  
58 zudem eine „martialische Aufmachung“ und eine „militante Wirkung“, was eindeutig und  
59 augenscheinlich nicht der Wahrheit entsprach. Dass bis September an besagtem Waldstück keine  
60 Ersatzversammlungen durchgeführt werden dürfen, halten wir für rechtswidrig und eine  
61 überzogene Einschränkung der grundrechtlich geschützten Versammlungsfreiheit. Das Berliner  
62 Versammlungsfreiheitsgesetz sieht darüber hinaus explizit Versammlungen auf öffentlich  
63 zugänglichen Flächen vor. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit mit Gefahren für die  
64 Bäume und das Wasserschutzgebiet zu begründen, welche durch den Bau der TVO erheblich  
65 größere und irreparable Schäden zu befürchten haben, offenbart eine Scheinargumentation, die  
66 lediglich darauf abzielt, Protest von Klimaaktivist\*innen zu kriminalisieren. Anstatt die  
67 berechtigten Mahnungen für mehr Klimaschutz ernst zu nehmen, eine friedliche Versammlung zu  
68 dulden und eine Evaluation des Vorhabens vorzunehmen, wird Aktivismus für Klimaschutz von  
69 Schwarz-Rot einmal mehr als extremistisch markiert. Das Vorgehen verurteilen wir und fordern  
70 eine Aufarbeitung.

71 .